

Bilanz zum 31. Dezember 2021
Hafenbetriebe Ludwigshafen am Rhein GmbH, Ludwigshafen am Rhein

Anlage 1
Blatt 1
PASSIVA

AKTIVA

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro		Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A Anlagevermögen			A Eigenkapital		
I Sachanlagen			I Gezeichnetes Kapital	1 022 600,00	1 022 600,00
1 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	2 265 993,00	3 004 393,00	II Kapitalrücklage	2 309 900,00	2 309 900,00
2 technische Anlagen und Maschinen	0,00	1 081,00	III Jahresüberschuss	0,00	0,00
3 andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	579 417,00	668 838,00	Summe Eigenkapital	3 332 500,00	3 332 500,00
4 geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	18 700,00	0,00	B Rückstellungen		
	<u>2 864 110,00</u>	<u>3 674 312,00</u>	1 sonstige Rückstellungen	1 391 177,99	671 727,43
II Finanzanlagen			C Verbindlichkeiten		
1 Beteiligungen	99 600,00	99 600,00	1 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	449 029,67	234 116,87
Summe Anlagevermögen	<u>2 963 710,00</u>	<u>3 773 912,00</u>	2 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	2 265 594,95	1 123 011,37
B Umlaufvermögen			3 Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	15 065,70	0,00
I Vorräte			4 sonstige Verbindlichkeiten	1 725 216,10	4 235 169,65
1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	4 212,28	14 519,97	D Rechnungsabgrenzungsposten	104 718,84	95 096,11
II Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					
1 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	282 508,15	209 442,12			
2 Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	3 033,34			
3 Forderungen gegen Gesellschafter	7 276,00	750 000,00			
4 sonstige Vermögensgegenstände	75 847,42	138 090,14			
	<u>365 631,57</u>	<u>1 100 565,60</u>			
III Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	5 937 749,79	4 791 436,40			
Summe Umlaufvermögen	<u>6 307 593,64</u>	<u>5 906 521,97</u>			
C Rechnungsabgrenzungsposten	11 999,61	11 187,46			
	<u><u>9 283 303,25</u></u>	<u><u>9 691 621,43</u></u>		<u><u>9 283 303,25</u></u>	<u><u>9 691 621,43</u></u>

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2021
Hafenbetriebe Ludwigshafen am Rhein GmbH, Ludwigshafen am Rhein

Anlage 2

Blatt 1

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse	8.555.918,91	8.365.503,99
2. sonstige betriebliche Erträge	50.982,84	836.570,84
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-21.787,38	-12.928,53
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-2.293.332,83	-1.355.357,40
	<u>-2.315.120,21</u>	<u>-1.368.285,93</u>
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-1.382.207,69	-1.564.208,24
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-355.128,85	-393.505,44
	<u>-1.737.336,54</u>	<u>-1.957.713,68</u>
5. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-849.296,88	-858.639,97
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.974.867,74	-2.369.087,52
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	938,65	3.028,71
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.074,00	-2.050.583,05
9. Ergebnis nach Steuern	1.730.145,03	600.793,39
10. sonstige Steuern	-129.719,31	-130.008,13
11. aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	-1.600.425,72	-470.785,26
12. Jahresüberschuss	0,00	0,00

Anhang für das Geschäftsjahr 2021

der Hafenbetriebe Ludwigshafen am Rhein Gesellschaft mit beschränkter Haftung,

Ludwigshafen am Rhein

INHALT

- I. Allgemeine Angaben zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung
- II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
- III. Angaben zur Bilanz
- IV. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung
- V. Weitere Angaben

I. Allgemeine Angaben zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

Der vorliegende Jahresabschluss wurde gemäß der §§ 242 ff. und §§ 264 ff. HGB, sowie nach den einschlägigen Vorschriften des GmbHG und des Gesellschaftsvertrags aufgestellt.

Firmenname laut Registergericht:

Hafenbetriebe Ludwigshafen am Rhein Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Firmensitz: Ludwigshafen am Rhein

Registereintrag: 01.04.1960

Registergericht: Amtsgericht Ludwigshafen am Rhein

Register-Nr.: HRB 1150

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die immateriellen Vermögensgegenstände und die Gegenstände des abnutzbaren Sachanlagevermögens wurden zu den Anschaffungskosten, vermindert um die planmäßigen linearen Abschreibungen, angesetzt. Die Finanzanlagen sind zum Nennwert bilanziert.

Die Bewertung der Vorräte erfolgte zu den Anschaffungskosten bzw. zum niedrigeren beizulegenden Wert am Abschlussstichtag.

Die Forderungen und die sonstigen Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens sind mit ihrem Nennwert angesetzt. Allen risikobehafteten Posten ist durch die Bildung angemessener Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen.

Der Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten sind mit den Nennwerten bilanziert.

Unter den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten werden Leistungsansprüche für einen bestimmten Zeitraum nach dem Bilanzstichtag, mit dem anteiligen Nennwert, der vor dem Bilanzstichtag geleisteten Vorauszahlung, aktiviert.

Das gezeichnete Kapital und die Kapitalrücklage sind zum Nennbetrag angesetzt.

Die sonstigen Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages gebildet, welcher nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Die Verbindlichkeiten sind jeweils zu ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Unter den passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Einnahmen vor dem Bilanzstichtag ausgewiesen, die den Ertrag für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag darstellen.

III. Angaben zur Bilanz

1. Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens des Geschäftsjahres wird in dem beigefügten Anlagespiegel dargestellt.

2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Sämtliche Forderungen haben Restlaufzeiten von unter einem Jahr. Unter diesem Posten sind Forderungen gegen verbundene Unternehmen (Hafenbetriebe Rheinland-Pfalz Gesellschaft mit beschränkter Haftung) in Höhe von € 6.803,60 (Vorjahr € 6.975,52) ausgewiesen.

3. Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände bestehen aus der Forderung gegen den Gesellschafter (Stadt Ludwigshafen) und den debitorischen Kreditoren. Weiterhin sind in dieser Position die Kundenkautionen enthalten, welche auf Einlagekonten bei Banken angelegt sind und eine Restlaufzeit von über einem Jahr haben 74.646,75 € (Vorjahr 74.591,03 €).

Alle **sonstigen Vermögensgegenstände** haben Restlaufzeiten von unter einem Jahr.

<u>Zusammensetzung:</u>	31.12.2021	31.12.2020
	€	€
Forderung Stadt Ludwigshafen	7.276,00	750.000,00
Debitorische Kreditoren	1.102,40	59.509,76
Sonstige Forderungen	98,27	3.989,35
	8.476,67	813.499,11

4. Sonstige Rückstellungen

<u>Zusammensetzung:</u>	<u>31.12.2021</u>	<u>31.12.2020</u>
	€	€
Unterlassene Instandhaltung	624.407,73	51.967,02
Vereinbarung Mieter	253.537,69	252.463,69
Verpflichtung zur Zahlung von Altersteilzeitleistungen	0,00	16.554,00
Rückdeckung Altersteilzeit	0,00	-6.575,71
Urlaubsrückstände	102.297,85	119.227,13
Tantiemen	40.000,00	40.000,00
Prämien	13.600,00	16.030,52
Jahresabschlusskosten/Steuern	40.200,00	34.500,00
Ausstehende Rechnungen	220.495,98	20.805,35
Rechtskosten	0,00	30.116,69
Selbstbeteiligung Versicherungsschäden	96.638,74	96.638,74
	1.391.177,99	671.727,43

Alle Altersteilzeitverträge sind ausgelaufen. Es bestehen keine Altersteilzeitverpflichtungen mehr (Vorjahr € 16.554,00; Rückdeckung Vorjahr € 6.575,71).

5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten haben Restlaufzeiten unter einem Jahr.

6. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen

Unter den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen werden die Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Rheinland-Pfalz (BLAW) ausgewiesen. Alle diese Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

7. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Im Geschäftsjahr 2021 bestehen Verbindlichkeiten gegenüber dem Beteiligungsunternehmen von 15.065,70 €.

8. Sonstige Verbindlichkeiten

In den sonstigen Verbindlichkeiten sind im Wesentlichen die Verbindlichkeiten aus dem Darlehen für die im Jahr 2004 in Betrieb gegangene Containerumschlaganlage im Kaiserwörthhafen an die Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt, Münster (GDWS) enthalten:

	31.12 2021	31.12 2020
	€	€
Forderung/Verbindlichkeit an die GDWS aus- der Rückzahlung	-684.660,19	1.812.820,26
Rückzahlbares Darlehen 20 % GDWS	1.299.729,47	1.299.729,47
	615.069,28	3.112.549,73

Von dem nicht rückzahlbaren Zuschuss wurden in den Geschäftsjahren 2004-2005 insgesamt € 21.646.565,24 auf die Anschaffungs- und Herstellungskosten der einzelnen Wirtschaftsgüter übertragen. Im Geschäftsjahr 2020 wurden die in den Jahren 2001-2006 ergangenen Bescheide der GDWS, aufgrund einer im April 2017 eingereichten Abrechnung aus verschiedenen Gründen von dieser teilweise widerrufen. Auf der Grundlage dieses Widerrufs hat sich unter einem Ansatz von 60 % der Rückforderung und der entsprechenden Zinsen, unter der Verrechnung des noch nicht zugeordneten Zuschusses, eine Verbindlichkeit an die GDWS in Höhe von € 1.812.820,26 ergeben. Gegen die ergangenen Bescheide wurde Widerspruch eingelegt und Akteneinsicht beantragt. Zur Reduzierung eventueller Zinsaufwendungen wurde unter Vorbehalt und ohne Anerkennung einer Rechtspflicht der von der GDWS bezifferte Erstattungsbetrag in Höhe von € 6.058.903,87 für den Widerruf noch im Dezember 2020 zurückbezahlt. Dieser Betrag ist in dem zum Jahresende ausgewiesenen Saldo bereits enthalten. Die im Bescheid ermittelten Zinsen wurden fristgerecht im Januar 2021 an die GDWS überwiesen.

Die Tilgung des zinsfreien, rückzahlbaren Darlehen erfolgt in zwanzig gleichen Jahresraten jeweils zum 30.06. eines Jahres, seit dem 30.06.2005. Im Jahr 2021 wurde in Abstimmung mit der GDWS bis zur Klärung des Widerspruchs auf die Zahlung der Rate verzichtet.

Bereits im Jahr 2010 konnte der Zahlungseingang eines Vorschusses in Höhe von € 1.000.000,00 für die Beseitigung von Werkmängeln bezüglich des Densiphaltbelages Containerterminal Kaiserwörthhafen verzeichnet werden. Die Verbuchung erfolgte unter den sonstigen Verbindlichkeiten. Die Zahlung wurde auf Grundlage eines Beschlusses des Oberlandesgerichts Zweibrücken geleistet. Der Vorschuss stellt jedoch nichts Endgültiges dar, sondern muss abgerechnet werden. Gegebenenfalls kann eine Nachzahlung oder auch Rückerstattung verlangt werden.

Die sonstigen Verbindlichkeiten betragen € 1.725.216,10 (Vorjahr € 4.235.169,65). In Höhe von € 750.307,43 (Vorjahr € 3.260.316,70) beträgt die Restlaufzeit unter ein Jahr, in Höhe von € 649.864,75 (Vorjahr € 974.797,11) Restlaufzeiten von über einem bis fünf Jahren. Verbindlichkeiten aus Steuern und sozialer Sicherheit waren nicht auszuweisen.

IV. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Umsatzerlöse

<u>Zusammensetzung:</u>	<u>2021</u>	<u>2020</u>
	T€	T€
a) Erträge aus Vermietung und Verpachtung (Freilagerflächen und Erbbauzinsen)	4.486,8	4.193,1
b) aus Vergütung für Geschäftsbesorgung	322,0	322,0
c) aus Ufergeld	949,1	961,1
d) Erträge aus Gestattungen und Nutzungen	92,2	95,5
e) Erträge aus Übrigen Umsatzerlösen	2.705,9	2.793,8
	<u>8.555,9</u>	<u>8.365,5</u>

2. Sonstige betriebliche Erträge

Der Posten enthält Gewinne aus dem Verkauf von Sachanlagevermögen T€ 19,7 (Vorjahr T€ 0,00), Auflösungen von Rückstellungen/Wertberichtigungen T€ 17,1 (Vorjahr T€ 13,9), Schadenersatz T€ 2,5 (Vorjahr T€ 756,5), sowie weitere Erträge in Höhe von T€ 11,7 (Vorjahr T€ 66,2).

3. Personalaufwand

Die Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung enthalten T€ 83,1 (Vorjahr T€ 93,5) Aufwendungen für Altersversorgung.

4. Wertberichtigungen auf Forderungen (Sonstige betriebliche Aufwendungen)

In 2021 ergaben sich Forderungsverluste und Wertberichtigungen auf Forderungen T€ 1,3 (Vorjahr T€ 0,0).

5. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Aus der Aufzinsung von Rückstellungen resultiert ein Zinsaufwand in Höhe von T€ 1,1 (Vorjahr T€ 2,2).

V. Weitere Angaben

1. Aufsichtsrat

Herr Staatssekretär Andy Becht
Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Vorsitzender

Leitender Ministerialrat Michael Puschel
Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Stellvertretender Vorsitzender

Leitender Ministerialrat Alexander Wieland
Ministerium der Finanzen, Mainz

Jürgen Vogel
Vertreter der Industrie- und Handelskammer für die Pfalz, Ludwigshafen am Rhein

Beigeordneter Andreas Schwarz
Stadtverwaltung Ludwigshafen am Rhein

2. Geschäftsführer

Franz Josef Reindl, Kaufmann, Speyer

3. Gesamtbezüge Aufsichtsrat und Geschäftsführer

An den Aufsichtsrat wurden im Berichtsjahr Gesamtbezüge in Höhe von € 4.000,00 geleistet.

Auf die Angabe der Bezüge des Geschäftsführers wird unter Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

4. Personal

Durchschnittlicher Personalstand während des Geschäftsjahres:

	2021	2020
Technisch-kaufmännisch Beschäftigte	19	21
Gewerblich Beschäftigte	16	16
Gesamtzahl der Mitarbeiter	35	37

5. Mittelbare Pensionsverpflichtungen aufgrund der Zusatzversorgung von Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes

Die Hafenbetriebe Ludwigshafen am Rhein Gesellschaft mit beschränkter Haftung sind Mitglied bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) in Karlsruhe. Bezüglich der Art und Ausgestaltung der Versorgungszusagen wird auf die aktuelle Satzung (Stand 29. Satzungsänderung Mai 2021) verwiesen. In 2021 betrug die Summe der umlagepflichtigen Löhne und Gehälter T€ 1.279,2. Die Höhe des Umlagesatzes beträgt seit dem 01.07.2017 8,26 Prozent. Hiervon haben die Mitarbeiter 1,81 Prozent zu tragen. Der von der Gesellschaft zu tragende Umlagesatz beträgt seitdem 6,45 %. Ab dem 01.01.2016 hat bezüglich des Sanierungsentgeltes ein neuer Deckungsabschnitt begonnen. Der individuelle Sanierungsentgeltsatz beträgt im auch Jahr 2021 0,00 Prozent (Vorjahr 0,00 Prozent).

6. Anteile an Unternehmen

Es besteht eine Beteiligung von 20 % an der asensus GmbH Archiv und Logistik, Ludwigshafen. Das Unternehmen wird nach vorläufigen Zahlen zum 31.12.2021 voraussichtlich ein ausgeglichenes Jahresergebnis erwirtschaften. Das Eigenkapital betrug zum 31.12.2020 T€ 199,9.

Es besteht eine Beteiligung von 17,5 % an der W.E.G. Wirtschafts Entwicklungs Gesellschaft Ludwigshafen am Rhein mbH, Ludwigshafen. Das Unternehmen wird nach vorläufigen Zahlen zum 31.12.2021 voraussichtlich ein Jahresergebnis in Höhe von T€ 0,0 ausweisen, denn es besteht ein Verlustausgleichsanspruch an die dortige Hauptgesellschafterin Stadt Ludwigshafen. Das Eigenkapital hat sich nicht verändert und betrug zum 31.12.2021 T€ 512,0.

7. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

7.1 Darlehen der Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt (GDWS) / Bundeskasse Düsseldorf

Zu den in den Angaben der Bilanz aufgeführten Verbindlichkeiten wird erklärt:

Die Gesellschaft hat auf dem ehemaligen Mietgelände der Aral AG im Kaiserwörthhafen eine Containerumschlaganlage errichtet. Diese Anlage wird von der GDWS-Münster mit Zuschüssen nach der Förderrichtlinie Kombiniertes Verkehr gefördert. Das gesamte Investitionsvolumen der Gesellschaft beträgt rund 33,4 Mio. €. Die Förderung beträgt gemäß den vorliegenden Zuwendungsbescheiden der GDWS rd. 33,2 Mio. €. Durch die Auszahlung/Verrechnungen und Rückzahlungen beträgt der Auszahlungsstand der Zuschüsse vor dem Jahr 2020 rd. 31,4 Mio.

Die Förderung wird i. H. v. 80 Prozent als nicht rückzahlbarer Baukostenzuschuss und 20 Prozent des Förderbetrages (rund 6,5 Mio. €) werden als zinsloses Darlehen gewährt, das in 20 gleichen Jahresraten bis zum Jahr 2024 jeweils zum 30. Juni zu tilgen ist. Die erste Rate der Tilgung war zum 30.06.2005 fällig und wurde bis 2020 jährlich bezahlt. Im Geschäftsjahr 2021 wurde in Abstimmung mit dem Zuschussgeber, aufgrund des Widerspruchs gegen den Bescheid und wegen der bereits vollständig geleisteten Rückzahlung in Höhe der Rückforderung aus dem Bescheid, bis zur Klärung des Widerspruchs auf die Zahlung der Rate verzichtet.

Bis zum 31.12.2003 waren die abgerufenen Zuschussbeträge in voller Höhe eingegangen. Bis 2005 wurden von den nicht rückzahlbaren Zuschüssen rund 21,6 Mio. € auf die Anschaffungs- und Herstellungskosten übertragen. Von der bis 2007 noch nicht übertragenen Restförderung in Höhe von rund 4,3 Mio. € wurden im Jahr 2008 rund 1,1 Mio. € an die Bundeskasse zurückbezahlt, um die Zinsbelastung möglichst niedrig zu halten. Die Prüfung der im ersten Halbjahr 2017 eingereichten Unterlagen ist erfolgt. Gemäß dem ergangenen Festsetzungs-, Widerrufs-, Erstattungs- und Zinsbescheid vom 14.12.2020 der GDWS wurden die im Zeitraum von 2001-2006 ergangenen Bescheide teilweise widerrufen und ein Erstattungs- und Zinsbetrag in Höhe von vorläufig 8,56 Mio. € ermittelt. Im Dezember 2020 wurde bereits ein Betrag in Höhe von 6,06 Mio. € für die nach dem Bescheid zu viel ausgezahlten Bundesmittel an die Bundeskasse überwiesen. Die angeforderten Zinsen für die nicht alsbaldige Verwendung in Höhe von 2,5 Mio. € wurden aufgrund der Zahlungsfrist im Januar 2021 überwiesen. Beides auch deshalb um die weitere Verzinsung zu stoppen. Gegen den Bescheid wurde Widerspruch eingelegt und Akteneinsicht beantragt. Aus Verfahren von anderen Häfen ist bekannt, dass die GDWS auf ca. 50 % der Rückforderung verzichten könnte. Deshalb wurde von der gesamten Rückforderung zzgl. der voraussichtlichen Zinsen pauschal ein Betrag in Höhe von 60 % im Jahresergebnis der Gesellschaft berücksichtigt. Im Geschäftsjahr 2021 hat der Geschäftsführer mehrmals die Verantwortlichen der GDWS kontaktiert. Die Positionen wurden ausgetauscht. Eine einvernehmliche Einigung, vor der neuerlichen Bescheidung nach dem eingereichten Widerruf, ist nicht gelungen. Die GDWS wird jetzt entscheiden, welche Aspekte des Widerspruchs anerkannt werden.

Weitere Voraussetzung für die Förderung ist die Verpflichtung der Gesellschaft

- die Förderzuschüsse für die Errichtung dieser Containerumschlagsanlage einzusetzen;
- die Containerumschlagsanlage mindestens für die Dauer von 20 Jahren zu betreiben;
- die Förderzuschüsse zurückzuzahlen, sollte eine vorzeitige Schließung der Containerumschlagsanlage unumgänglich sein.

7.2 Verpflichtungen für erteilte Aufträge

Zum 31.12.2021 sind Aufträge mit einem noch nicht abgerechneten Auftragsvolumen in Höhe von T€ 741,4 erteilt. In Höhe von T€ 624,4 wurden Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung und in Höhe von T€ 220,5 für ausstehende Rechnungen gebildet.

7.3 Pacht- und Überlassungsvertrag

Über die Überlassung der Hafenanlagen besteht mit dem Land Rheinland-Pfalz, vertreten durch den BLAW „Betrieb Landeseigene Anlagen an Wasserstraßen“, ein Pacht- und Überlassungsvertrag vom 13.03.2015. Dieser wurde im Laufe des Jahres 2020 mit einem Nachtrag geändert. Nach diesem Vertrag, welcher auf unbestimmte Zeit geschlossen wurde und mit einer Frist von zehn Jahren zum Ende des Geschäftsjahres gekündigt werden kann, in Verbindung mit der Organisationsverfügung vom 07.12.2017 für den BLAW, Ziffer 15, hat die Gesellschaft an den BLAW als Pacht zum einen eine Entschädigung in Höhe der normalen Abschreibungen auf die ihr pachtweise überlassenen Wirtschaftsgüter (mit Ausnahme der mit einem Festwert bewerteten Bahnanlagen und Straßen) und zum anderen 2,75 % der Restbuchwerte sämtlicher pachtweise überlassenen Wirtschaftsgüter jährlich bis zum 30.06. des folgenden Jahres zu zahlen, soweit sie diese Beträge erwirtschaftet.

Die Abschreibungen auf die der Gesellschaft im Jahr 2021 überlassenen Wirtschaftsgüter (ohne die mit einem Festwert bewerteten Bahnanlagen und Straßen) betragen € 604.332,00 sie wurden in voller Höhe erwirtschaftet. Die Restbuchwerte dieses Teils des Pachtanlagevermögens beliefen sich zum 31.12.2021 auf € 7.915.128,00.

		€	€
Die Verzinsung der Restbuchwerte des gesamten Pachtanlagevermögens zum 31.12.2020	von		21.314.974,78
zuzügl. der Hälfte der im Wirtschaftsjahr 2021 hinzugekommenen Wirtschaftsgüter	½ aus	0,00	0,00
abzüglich der Hälfte der Abgänge und Abschreibungen	½ aus	604.332,00	-302.166,00
			21.012.808,78

zu 2,75% ergibt einen Betrag von € 577.852,24 der gegenüber dem Gesellschafter in voller Höhe erwirtschaftet worden ist. Die Restbuchwerte des gesamten Pachtanlagevermögens zum 31.12.2021 betragen € 20.710.642,78.

7.4 Organschafts- und Gewinnabführungsvertrag

Am 22.07.2002 wurde zwischen der Gesellschaft und dem BLAW (mit Sitz in Ludwigshafen) mit Wirkung ab 01.01.2002 ein Organschafts- und Gewinnabführungsvertrag abgeschlossen, welcher im Geschäftsjahr 2019 angepasst wurde. Durch diesen Vertrag ist die Gesellschaft verpflichtet, einen erwirtschafteten Jahresüberschuss an den BLAW abzuführen. Der BLAW als Organträger hat gegebenenfalls einen Jahresfehlbetrag zu übernehmen. Im Berichtsjahr wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von € 1.600.425,72 erwirtschaftet. Der Vertrag wurde für die Zeit bis 31.12.2007 fest abgeschlossen. Er verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn er nicht vor Ablauf der Vertragsdauer gekündigt wird. Eine Kündigung ist bisher nicht erfolgt.

7.5 Folgen des Brandes einer Lagerhalle

Am 22.06.2013 ist die vom BLAW, Ludwigshafen, gepachtete Halle in der Hafenstr. 47 in Ludwigshafen vollständig abgebrannt. Dabei wurde auch die eigene Photovoltaikanlage auf dem Hallendach zerstört und das Dach des Nachbargebäudes Hafenstr. 49 beschädigt.

Gemäß den Vorgaben des Pacht- und Überlassungsvertrags mit dem BLAW haben die Hafenbetriebe Ludwigshafen am Rhein Gesellschaft mit beschränkter Haftung die Gebäude gegen Brand-, Blitz- und Explosionsschäden zu versichern, was nach den inzwischen vorliegenden Erkenntnissen in entsprechender Höhe erfolgt ist. Die Versicherungserlöse müssen zur Wiederherstellung oder Neuherstellung des Gebäudes verwendet werden.

Die Brandrückstände wurden beseitigt, sodass eine sanierte Bodenplatte zur Wiederbebauung zur Verfügung steht. Die an die beteiligten Versicherungen weiterberechneten Beseitigungskosten wurden beglichen. Ebenso wurde von der Gebäudeversicherung der für 18 Monate vereinbarte Mietverlust vollständig bezahlt. Der für 12 Monate vereinbarte Ertragsausfall für die Photovoltaikanlage wurde auch komplett beglichen.

Es ist ein Ersatzanspruch für die Photovoltaikanlage in Höhe des Zeitwerts bezahlt worden. Für die zerstörte Halle konnte in einem Vergleich mit der Sachversicherung die „fiktive“ Schadenabrechnung vereinbart werden. Insgesamt wurde eine Gesamtentschädigung in Höhe von 11,5 Mio. € bezahlt.

Es wurde keine eindeutige Brandursache festgestellt, insofern zieht sich die Abwicklung der Haftpflichtschäden noch hin. Federführend ist bei der Abwicklung dieser Schäden die Haftpflichtversicherung der Hafenbetriebe Ludwigshafen am Rhein GmbH. In Höhe der voraussichtlichen Eigenbeteiligung wurde bereits in der Vergangenheit eine Rückstellung in den Jahresabschluss eingestellt. Einige Klagen von Geschädigten sind noch anhängig. Inwieweit ein Regressausgleich nur innerhalb der beteiligten Haftpflichtversicherungen erfolgen wird oder ob unter Umständen die Gesellschaft noch in Anspruch genommen werden kann, lässt sich noch immer nicht abschätzen. Nach dem Ergebnis der polizeilichen Untersuchungen würde unter anderem auch ein technischer Defekt an einem montierten Wechselrichter als Ursache des Großbrandes in Betracht kommen. Die staatsanwaltlichen Ermittlungen wurden abgeschlossen.

8. Abschlussprüferhonorar

Im Geschäftsjahr 2021 sind Aufwendungen für die Abschlussprüfung (incl. Prüfung des Corporate Governance Bericht und Erstellung Bezügebericht) in Höhe von € 8.200,00 entstanden.

Ludwigshafen am Rhein, den 04. März 2022


Franz Josef Reindl
(Geschäftsführer)

ANLAGENSPIEGEL zum 31. Dezember 2021

Hafenbetriebe Ludwigshafen am Rhein GmbH, 67061 Ludwigshafen am Rhein

	Antschaffungs-, Herstellungskosten 01.01.2021 Euro	Zugänge Euro	Abgänge Euro	Umbuchungen Euro	Antschaffungs-, Herstellungskosten 31.12.2021 Euro	kumulierte Abschreibung 01.01.2021 Euro	Abschreibung Geschäftsjahr Euro	Abgänge Euro	Umbuchungen Euro	kumulierte Abschreibung 31.12.2021 Euro	Zuschreibung Geschäftsjahr Euro	Buchwert Geschäftsjahr 31.12.2021 Euro	Buchwert Vorjahr 31.12.2020 Euro
A Anlagevermögen													
I Immaterielle Vermögensgegenstände													
1 entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	44 779,41		450,00		44 329,41	44 779,41		450,00		44 329,41		0,00	0,00
Summe Immaterielle Vermögensgegenstände	44 779,41		450,00		44 329,41	44 779,41		450,00		44 329,41		0,00	0,00
II Sachanlagen													
1 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	9 293 166,57				9 293 166,57	6 288 773,57	738 400,00			7 027 173,57		2 265 993,00	3 004 393,00
2 technische Anlagen und Maschinen	1 931 678,20				1 931 678,20	1 930 597,20	1 081,00			1 931 678,20		0,00	1 081,00
3 andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3 872 432,30	20 652,88	68 774,12		3 824 311,06	3 203 594,30	109 815,88	68 516,12		3 244 894,06		579 417,00	668 838,00
4 geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	18 700,00			18 700,00	0,00				0,00		18 700,00	0,00
Summe Sachanlagen	15 097 277,07	39 352,88	68 774,12		15 067 855,83	11 422 965,07	849 296,88	68 516,12		12 203 745,83		2 864 110,00	3 674 312,00
III Finanzanlagen													
1 Beteiligungen	99 600,00				99 600,00	0,00				0,00		99 600,00	99 600,00
Summe Finanzanlagen	99 600,00				99 600,00	0,00				0,00		99 600,00	99 600,00
	15 241 656,48	39 352,88	69 224,12		15 211 785,24	11 467 744,48	849 296,88	68 966,12		12 248 075,24		2 963 710,00	3 773 912,00

Hafenbetriebe Ludwigshafen am Rhein Gesellschaft mit beschränkter Haftung (HLU), Ludwigshafen am Rhein

Corporate Governance Bericht 2021

1. Public Corporate Governance Kodex (PCGK)

Der Ministerrat des Landes Rheinland-Pfalz hat am 03.12.2013 beschlossen, ab dem Jahr 2014 den PCGK für öffentliche Unternehmen mit Landesbeteiligung einzuführen.

Der Kodex enthält wesentliche Bestimmungen geltenden Rechts zur Leitung und Überwachung von Unternehmen sowie national und international anerkannte Standards guter Unternehmensführung. Ziel ist es, mit den Vorgaben des Kodex die Unternehmensführung und die Unternehmensüberwachung transparenter und nachvollziehbarer zu gestalten. Dabei soll die Rolle des Landes als Anteilseigner klarer gefasst und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Leitung und die Überwachung von Landesbeteiligungen gefördert werden.

Die HLU wendet auf der Grundlage von § 6 des Gesellschaftsvertrages den PCGK des Landes Rheinland-Pfalz an. Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat erstellen jährlich einen Corporate Governance Bericht (CGB).

Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat erklären, soweit nicht im nachfolgenden Text anders dargestellt, dass den Vorgaben und Empfehlungen des PCGK entsprochen wurde und wird.

Der CGB wird Anhang zum Jahresabschluss und im Rahmen der Abschlussprüfung vom Wirtschaftsprüfer geprüft.

Der CGB wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

2. Gesellschafter

Die Gesellschafter der HLU sind das Land Rheinland-Pfalz (90 %) und die Stadt Ludwigshafen (10 %).

Zwischen der HLU und dem Betrieb Landeseigene Anlagen an Wasserstraßen (BLAW), Ludwigshafen am Rhein, besteht ein Organschafts- und Gewinnabführungsvertrag. Nach diesem Vertrag sind die Jahresüberschüsse der HLU jährlich an den BLAW abzuführen bzw. Jahresfehlbeträge von diesem auszugleichen.

Die Rechte der Gesellschafter werden in Gesellschafterversammlungen wahrgenommen.

Die Gesellschafter beschließen insbesondere über:

- Bestellung und Abberufung des/der Geschäftsführer(s),
- Feststellung des Jahresabschlusses,
- Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung,
- Bestellung des Wirtschaftsprüfers,
- Änderungen und Ergänzungen des Gesellschaftsvertrages.

Im Jahr 2021 fanden zwei Gesellschafterversammlungen als Präsenzversammlungen statt. Am 12.04.2021 wurde der Jahresabschluss 2020 festgestellt. Am 27.12.2021 wurde beim Notar Bäumler die Neufassung des Gesellschaftsvertrags beurkundet. Neben redaktionellen Änderungen wurde im neuen Gesellschaftsvertrag Videokonferenzen des Aufsichtsrates bzw. der Gesellschafterversammlung in begründeten Ausnahmefällen zugelassen.

3. Geschäftsführung

Geschäftsführer der HLU ist Herr Franz Josef Reindl. Er ist zugleich Geschäftsführer der Hafengebiete Rheinland-Pfalz GmbH, Ludwigshafen am Rhein (HRP), sowie Leiter des BLAW.

Der Geschäftsführerdienstvertrag wurde vor Geltung des PCGK abgeschlossen und war bis zum 30. Juni 2019 befristet. Gemäß 4. Änderungsvertrag vom 25. April 2018 verlängert er sich ab dem 01.07.2019 um weitere 5 Jahre bis zum 30.06.2024.

Der Geschäftsführer erhält für seine Tätigkeiten ein jährliches Festgehalt in Höhe von brutto 150.000,00 € (ab 01.01.2022) zzgl. den Arbeitgeberanteilen für die VBL durch die HLU und eine erfolgsabhängige Tantieme von jährlich bis zu brutto 40.000,00 €.

Prokuristen sind die Herren Bernd Geiger und Robert Arndt.

Neben Organisations- und Dienstanweisungen gibt es einen Organisationsplan und ein Qualitätsmanagementhandbuch, welche regelmäßig kontrolliert und überarbeitet werden. Die Gesellschaft ist nach DIN EN ISO 9001 und 14001 zertifiziert.

Derzeit ist der Geschäftsführer ständiger Gast bei den Aufsichtsratssitzungen der Staatlichen Rhein-Neckar-Hafengesellschaft Mannheim mbH (HGM), Aufsichtsratsmitglied bei der Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft Ludwigshafen mbH (WEG), ständiger Gast bei den Aufsichtsratssitzungen der Trierer Hafengesellschaft mbH (THG), Mitglied im Verkehrsausschuss Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK), Mitglied im Verkehrsausschuss der IHK- Pfalz, Senator im Senat der Wirtschaft Deutschland e. V., Mitglied im Präsidium im Bundesverband öffentlicher Binnenhäfen e. V. (BöB), Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der rheinlandpfälzischen/saarländischen Binnenhäfen, Mitglied im Beirat zur Sanierung der Hochstraßen in Ludwigshafen, Mitglied im Beirat der Hochschule Ludwigshafen und Mitglied im Beirat VFKSV Verein zur Förderung des Kurzstreckenseeverkehrs e. V. Hamburg.

Der Prokurist Robert Arndt ist Aufsichtsratsmitglied bei der Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft Ludwigshafen mbH (WEG).

Interessenkollisionen bestehen nicht.

4. Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus fünf Mitgliedern. Zurzeit ist keine Frau als Aufsichtsrat bestellt.

Mitglieder des Aufsichtsrates sind:

- Herr Andy Becht, Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau (Mitglied und Vorsitzender)
- Herr Michael Puschel, Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau (Stellvertretender Vorsitzender)
- Herr Alexander Wieland, Ministerium der Finanzen (Mitglied)
- Herr Jürgen Vogel, IHK Pfalz (Mitglied)
- Herr Andreas Schwarz, Stadt Ludwigshafen (Mitglied)

Weitere Tätigkeiten der derzeitigen Aufsichtsräte in anderen Aufsichtsgremien:

- Herr Andy Becht
 - Vorsitzender des Verwaltungsrates BLAW
 - Vorsitzender des Aufsichtsrates der Hafenbetriebe Rheinland-Pfalz GmbH
 - Vorsitzender des Aufsichtsrates der Trierer Hafengesellschaft mbH
 - Vorsitzender des Beirates des Landesbetriebs Mobilität Rheinland-Pfalz (LBM)
 - Stellvertretendes Mitglied im Beirat Leiseres Mittelrheintal (bis 08/2021)
 - Stellvertretendes Mitglied im Eisenbahninfrastrukturbeirat bei der Bundesnetzagentur
-

- Herr Michael Puschel
 - Mitglied im Aufsichtsrat der Trierer Hafengesellschaft mbH
 - Mitglied im Aufsichtsrat der Hafenbetriebe Rheinland-Pfalz GmbH
 - Mitglied des Verwaltungsrates BLAW
 - Mitglied der Versammlung des Zweckverbandes Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Nord (bis 18.05.2021)
 - Mitglied der Versammlung des Zweckverbandes Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Süd (bis 18.05.2021)
 - Mitglied der Versammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Neckar (ZRN) (bis 18.05.2021)
 - Mitglied im Aufsichtsrat des Karlsruher Verkehrsverbundes (KVV) (bis 18.05.2021)
 - Mitglied im Aufsichtsrat der ivm GmbH

- Herr Alexander Wieland
 - Mitglied im Aufsichtsrat Trierer Hafengesellschaft mbH
 - Mitglied im Aufsichtsrat Hafenbetriebe Rheinland-Pfalz GmbH
 - Mitglied des Verwaltungsrates BLAW
 - Mitglied im Aufsichtsrat Commercial Vehicle Cluster GmbH (CVC Südwest)

- Herr Jürgen Vogel
 - Mitglied im Beirat des Landesbetriebs Mobilität Rheinland-Pfalz (LBM)
 - Vorsitzender des Aufsichtsrates der FSL Flugplatz Speyer/Ludwigshafen GmbH

- Herr Andreas Schwarz
 - Stellvertretender Vorsitzender im Aufsichtsrat Technologie Zentrum Ludwigshafen am Rhein GmbH
 - Vorsitzender des Aufsichtsrates der Ludwigshafener Kongress- und Marketing- GmbH
 - Mitglied der Gesellschafterversammlung Lumedia Grundbesitz und Verwaltungs- GmbH
 - Mitglied im Verwaltungsrat der Dr.-Hans-Klüber-Gedächtnisstiftung
 - Stellv. Mitglied des Vorstandes der KAV RLP
 - Mitglied im Energiebeirat Land RLP
 - Vorstandsmitglied Verband Kommunaler Unternehmen e. V.
 - Städtetag RLP Mitglied in versch. Ausschüssen
 - Deutscher Städtetag Mitglied in versch. Ausschüssen
 - Unfallkasse RLP Mitglied in versch. Ausschüssen
 - Pfälzische Pensionsanstalt stellv. Verwaltungsratsmitglied

5. Zusammenwirken von Geschäftsführung und Aufsichtsrat

Zwischen der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat besteht eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zum Wohle der Gesellschaft.

Im Jahr 2021 fanden drei Aufsichtsratssitzungen statt, in denen der Geschäftsführer ausführlich die wirtschaftliche Situation der Gesellschaft anhand von Lageberichten darstellte und mit den Vertretern im Aufsichtsrat diskutierte. Zusätzlich berichtet die Geschäftsführung über wichtige Entwicklungen auch zwischen den Gremiensitzungen.

Der Geschäftsführer holte Zustimmungen des Aufsichtsrates vor der Vornahme von Geschäften grundsätzlicher Bedeutung ein.

Bei der HLU besteht eine D & O Versicherung.

Die HLU gewährte keine Kredite an den Geschäftsführer oder an die Mitglieder des Aufsichtsrates.

Zum Ende eines Jahres erstellt die Geschäftsführung jeweils für das folgende Jahr einen Wirtschaftsplan und legt diesen dem Aufsichtsrat zur Genehmigung vor. Eine Vorschau für das darauffolgende Wirtschaftsjahr wird ebenso erstellt.

6. Transparenz

Im Jahr 2021 hatte die Gesellschaft durchschnittlich 35 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon sind 26 in Vollzeit und 9 in Teilzeit beschäftigt, 10 Personen sind weiblich, was einer Frauenquote von 29 % entspricht.

Auf den ersten drei Führungsebenen (Geschäftsführer, Prokuristen, Abteilungsleiter) sind keine Frauen vertreten.

Der Geschäftsführer der HLU erhielt in 2021 eine Gesamtvergütung von brutto 201.455,79 €. Diese setzt sich zusammen aus einer Grundvergütung von 155.306,88 €, einer erfolgsabhängigen Vergütung von 40.000,00 € und sonstigen geldwerten Vorteilen von 6.148,91 €.

Vergütungen/Aufwandsentschädigungen Dritter für Tätigkeiten in den genannten Gremien werden nicht an den Geschäftsführer, sondern direkt an die Gesellschaft geleistet. Eine Ruhegehaltszusage liegt nicht vor.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten pro Sitzung ein Sitzungsgeld von 100,00 € und eine Jahresvergütung von 500,00 €. Alle Aufsichtsratsmitglieder haben an allen drei Aufsichtsratssitzungen teilgenommen.

Es haben sich folgende Gesamtvergütungen für 2021 ergeben:

- Herr Becht 800,00 €
- Herr Puschel 800,00 €
- Herr Wieland 800,00 €
- Herr Vogel 800,00 €
- Herr Schwarz 0,00 € *

**Die Vergütung in Höhe von 800,00 € wurde seitens der Gesellschaft direkt an die Stadtkasse Ludwigshafen gezahlt*

Weitergehende Vergütungen oder sonstige geldwerte Vorteile an den Aufsichtsrat sind im Geschäftsjahr 2021 nicht gewährt worden.

7. Rechnungslegung

Der Jahresabschluss 2021 wird im I. Quartal 2022 aufgestellt und soll auch noch im I. Quartal 2022 geprüft werden.

Eine interne Revisionsstelle wurde aufgrund der überschaubaren Unternehmensgröße bisher nicht eingerichtet. Compliance Beauftragte ist Frau Nina Marzioch, Angestellte der HLU.

8. Abschlussprüfung

Die Erklärung über die Unabhängigkeit der Wirtschaftsprüfer wurde abgegeben und die Bescheinigung über die Teilnahme an der Qualitätskontrolle gemäß § 57 a Wirtschaftsprüferordnung liegt vor.


Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ALLTREU Revision & Treuhand GmbH, Ludwigshafen, wurde mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2021 beauftragt.

Die Beauftragung umfasst auch die Erstellung von Berichten über die Bezüge des Geschäftsführers, der leitenden Angestellten und der Mitglieder des Aufsichtsrates.

Ludwigshafen, den 04. März 2022



Franz Josef Reindl
(Geschäftsführer)



Andy Becht
(Vorsitzender Aufsichtsrat)